

6518/J XXVII. GP

Eingelangt am 03.05.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA

und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

betreffend den Zugang zu Krebsvorsorgeuntersuchungen ohne Altersbeschränkung

Im November 2020 wurde seitens der FPÖ ein Entschließungsantrag zur Beendigung der Altersdiskriminierung von Frauen, die jünger als 45 Jahre und älter als 69 Jahre sind, betreffend der Brustkrebsvorsorgeuntersuchung eingebracht, der auch einstimmig beschlossen wurde. Denn das Brustkrebsfrüherkennungsprogramm, die damit verbundenen Therapien und die Nachbetreuung bei bereits erkrankten Personen soll durchgehend und für jede Frau möglich sein. Experten schätzen, dass durch die Corona Pandemie im Jahr 2020 um 40% weniger Mammakarzinome entdeckt wurden als sonst. Nach Angaben der Statistik Austria erkrankten im Jahr 2020 insgesamt etwa 400.000 Menschen in Österreich an Krebs, in Summe mehr Frauen als Männer. Festzuhalten ist auch, dass die Zahl der Kassenärzte für Frauenheilkunde in Österreich stark sinkt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz folgende

ANFRAGE

1. Welche konkreten Maßnahmen wurden veranlasst, um dem Entschließungsantrag nachzukommen?
2. Wie viele Einladungen zu einer Vorsorgeuntersuchung wurden im 1. Quartal 2021 versandt?
3. Wie viele Untersuchungen wurden aufgrund einer Einladung zur Vorsorgeuntersuchung im 1. Quartal 2021 durchgeführt?
4. Wie viele Frauen, die vorher nicht vom Einladungsmanagement berücksichtigt wurden, sind jetzt erfasst? (Bitte um Nennung konkreter Zahlen für den Zeitraum 2020 bis zum 1. Quartal 2021)
5. Werden die anfallenden Arztkosten einer Untersuchung auch für den Wahlarzt gänzlich übernommen?
6. Wenn „Nein“, welche Gründe sprechen dagegen?
7. Wenn „Nein“, wie möchte man dem entgegenwirken?
8. Gibt es erkennbare Differenzen in der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen im 1. Quartal 2021 im Vergleich zu den Jahren 2016-2020, die durch Corona verursacht worden sein könnten?